

An die  
Landrätin des Kreises Kleve  
Frau Silke Gorißen

SPD-Kreistagsfraktion Kleve  
Vorsitzender: Jürgen Franken  
Geschäftsführer: Thorsten Rupp  
Fon: 02821 - 2 67 59  
Fax: 02821 - 2 23 44  
buero@spd-kreistagsfraktion-kleve.de

im Hause

07.05.2021 jf/mv

## **Antrag auf Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 Satz 2 KrO NRW**

### **Verzicht auf die Erhebung der Elternbeiträge für die Betreuung für Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sowie im Rahmen des Angebotes „Offene Ganztagschule im Primarbereich“ für die Monate Juni und Juli 2021**

Sehr geehrte Frau Landrätin,

die SPD-Kreistagsfraktion Kleve beantragt, folgende Dringlichkeitsentscheidung zu treffen, anderenfalls dies als Antrag zu werten im Sinne einer Eilentscheidung für den nächsten Kreisausschuss am 17.06.2021 nach § 50 Abs. 3 Satz 1 KrO NRW.

**Der Kreis Kleve verzichtet für die Monate Juni und Juli 2021 auf die Erhebung der Elternbeiträge für die Betreuung für Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sowie im Rahmen des Angebotes „Offene Ganztagschule im Primarbereich“.**

#### Begründung:

Gemäß § 1 der Satzung zur Übertragung der Aufgaben nach § 23 Abs. 1 und 5 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz-KiBiz) zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder hat der Kreis Kleve als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Festsetzung und den Einzug der Elternbeiträge auf die Städte und Gemeinden ohne eigenes Jugendamt übertragen. Zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Durchführung der Aufgaben und eines einheitlichen Verfahrens innerhalb des Zuständigkeitsbereiches kann der Kreis Kleve Richtlinien und Weisungen erlassen.

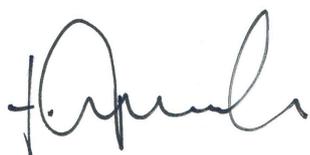
NRW-Familienminister Joachim Stamp hatte kürzlich im Landtag eine Entlastung der Familien bei den Kita-Beiträgen in Aussicht gestellt und per Elternbrief mitgeteilt: „Dafür, dass wir seit Februar Stundenreduzierungen vornehmen mussten und es künftig aufgrund der neuen bundesrechtlichen Regelung in weiten Teilen des Landes nur eine Notbetreuung geben wird, haben wir den Kommunen angeboten, für zwei Monate keine Elternbeiträge zu erheben.“

Die seitens der Eltern nach Appell des Familienministers freiwillig eingegangenen bzw. teilweise verpflichtenden eingeschränkten Betreuungsmöglichkeiten in den Kitas, in der Kindertagespflege und im Bereich der OGS im Primarbereich, rechtfertigen nach Ansicht der SPD Kreistagsfraktion zum Ende des Kita- und Schuljahres die Eltern zumindest teilweise auch finanziell zu entlasten, zumindest im Bereich der zahlungspflichtigen Angebote, sofern eine Beitragsbefreiung ohnehin nicht zum Tragen kommt.

Auch sollte auf eine Erhebung der Elternbeiträge im Rahmen des Angebotes „Offene Ganztagschule im Primarbereich“ an den Förderzentren des Kreises Kleve für die Monate Juni und Juli verzichtet werden.

Aufgrund der kurzfristig bevorstehenden Fälligkeit Ende Mai, also zum Monatsende, ist unseres Erachtens eine Beschlussfassung zumindest für den Monat Juni im Wege der Dringlichkeit zu fassen. Für den Monat Juli könnte der Beschluss gleichzeitig mit gefasst werden, zumal zwar der Kreisausschuss am 17.06.2021 tagen soll, der Kreistag aber erst Anfang Juli.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Franken  
Vorsitzender



Thorsten Rupp  
Geschäftsführer

Kopie an: CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion, Gruppe Freie Wählergemeinschaften, AfD-Kreistagsgruppe, KTM Hayduk